



## Niederschrift

**über die 13. Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses  
am Donnerstag, 26.01.2023, 18:00 Uhr  
Aula der Josef-Annegarn-Schule,  
Am Hanfgarten 18, 48346 Ostbevern**

### Anwesend:

| <b>Ausschussmitglieder</b> |  |
|----------------------------|--|
| Aichner, Meinrad, Dr.      | TOP 13 Öffentlicher Teil für Läkamp, Karin teilweise |
| Behnen, Andreas            |  |
| Beiers, Anja               |  |
| Börger, Clemens            | Vertretung für Sommershof, Sacha                     |
| D'Alò, Michele             |  |
| Gutsche, Felix             |  |
| Jungblut, Gabriele         |  |
| Läkamp, Karin              | TOP 13 Öffentlicher Teil Befangenheit teilweise      |
| Lamour, Martina            |  |
| Laumann, Georg             | Vertretung für Thomas Große Stetzkamp                |
| Ludwig, Willy              |  |
| Lunkebein, Ulrich          |  |
| Meyer-Dietrich, Marion     |  |
| Niedermeier, Claudia       |  |
| Pelz, Karin                |  |
| Sandmann, Sebastian        | Vertetung für Dr. Mike Wördemann                     |
| Schapmann, Oliver          | Vertretung für Michael Haase                         |
| Struffert, Oliver          |  |
| Weglage, Wolfgang          |  |
| Westbrink, Bernd           |  |
| Wiegert, Sandra            |  |
| Winter, Andrea             |  |
| Zilinski, Simone           | Vertretung für Spiekermann-Coppenrath, Heinz         |

## **Es fehlen entschuldigt:**

| <b>Ausschussmitglieder</b>    |
|-------------------------------|
| Große Stetzkamp, Thomas       |
| Haarlammert, Lennox           |
| Haase, Michael                |
| Sommershof, Sacha, Pfarrer    |
| Spiekermann-Coppenrath, Heinz |
| Wördemann, Mike, Dr.          |

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Frau Beiers eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Bestimmung des Schriftführers**

Herr Fricke wird zum Schriftführer der Sitzung bestimmt.

### **3. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern**

Frau Beiers verpflichtet Bernd Westbrink und Sebastian Sandmann zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Über die Verpflichtungen werden Niederschriften gefertigt.

### **4. Feststellung der Befangenheit**

Frau Läkamp zu TOP Ö13

### **5. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

## 6. Bericht des Bürgermeisters

### 1. Umzug der Kindertageseinrichtungen Biberbande und Bullerbü

Die Kinder und Erzieherinnen der Kindertageseinrichtung Biberbande werden am 16. und 17. Februar 2023 ihre neuen Räumlichkeiten in der neu errichteten Kindertagesstätte an der Maximilian-Kolbe-Straße beziehen. Eine Woche später ist der Umzug der Kinder und Erzieherinnen der Kindertagesstätte Bullerbü von der Christlichen Gemeinde in die Containermodule im Baugebiet Kohkamp III vorgesehen.

### 2. Sachstandsbericht zur der Asylbewerbersituation

#### Zuweisungen

Im Jahr 2022 sind der Gemeinde Ostbevern von der Bezirksregierung Arnsberg insgesamt 54 geflüchtete Personen zugewiesen worden. Von den zugewiesenen Personen stammen 38 aus der Ukraine.

Im Jahr 2023 wurde der Gemeinde Ostbevern bislang noch keine Zuweisung angekündigt.

Zusätzlich sind im Jahr 2022 154 ukrainische Flüchtlinge ohne Zuweisung nach Ostbevern gekommen. Für das Jahr 2023 haben sich 5 Personen aus der Ukraine angekündigt, die bereits Verwandtschaft in Ostbevern haben.

#### Erfüllungsquoten des Landes

Die Erfüllungsquote nach dem FlüAG liegt bei 105,06 %, was einer Aufnahme von 10 Personen über der Quote entspricht (Stand 20.01.2023 auf Basis der Bestandserhebung zu Dezember 2022).

Die Quote nach der Ausländerwohnsitzverordnung liegt bei 76,94 %. Dies entspricht einer Aufnahmeverpflichtung von 61 Personen (Stand 22.01.2023 auf Basis der Bestandserhebung zu Januar 2022).

#### Kindergarten- und Schulsituation

Aktuell konnte einigen Flüchtlingskindern im Kindergartenalter bis zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Kindergartenplatz bereitgestellt werden. Diese befin-

den sich auf der Warteliste. Diese Kinder haben jedoch die Möglichkeit, dienstags und donnerstags an dem Brückenprojekt von der Mutter-Kind-Gruppe im Kinder- und Jugendwerk e. V. teilzunehmen.

Es besuchen derzeit

- 23 schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Flüchtlingshintergrund die Ambrosius-Grundschule (davon 4 aus der Ukraine)
- 16 die Franz-von-Assisi-Schule (davon 7 aus der Ukraine)
- 71 Schülerinnen und Schüler mit Flüchtlingshintergrund die Josef-Annegarn-Schule (davon 19 aus der Ukraine).

### Aktuelle Unterbringungssituation

Mit Stand 23.01.2023 sind 87 Flüchtlinge in gemeindlichen Flüchtlingsunterkünften oder in von der Gemeinde zur Flüchtlingsunterbringung angemieteten Privatwohnungen untergebracht. Zusätzlich werden von der Gemeinde 48 Geflüchtete mit einer Aufenthaltserlaubnis untergebracht, die nicht mehr dem Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen und zurzeit zur Vermeidung von Obdachlosigkeit weiterhin in gemeindlichen Wohnraum leben.

Von diesen insgesamt 135 Personen wohnen 46 Personen in der Flüchtlingsunterkunft Bahnhofstraße 92. Im Ortsteil Brock leben zurzeit 13 Personen an der Schmedehausener Straße 6 in der ehemaligen Schule Brock. Die übrigen Personen leben in privat angemieteten Wohnungen.

Außerdem leben 17 weitere Asylbewerber in selbst angemieteten Wohnraum. Diese stellen ihren Lebensunterhalt inklusive den Unterkunftskosten aus eigenen Mitteln sicher.

### Kostenerstattungen nach dem FlüAG NRW

Im Jahr 2022 hat Ostbevern vom Land NRW insgesamt einen Betrag in Höhe von 820.250,00 € erhalten.

### Finanzielle Situation

Die Erträge und Aufwendungen für das Jahr 2022 lagen im Rahmen des Etats.

### 3. Neue Coronaschutzverordnung

Ab dem 01.02.2023 tritt eine neue Coronaschutzverordnung in Kraft. Sie gilt zunächst bis zum 28.02.2023.

In der CoronaSchVO werden die Maskenpflicht im ÖPNV sowie die Maskenpflichten in Obdachlosenunterkünften und in Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Flüchtlingen gestrichen. Die Maskenpflicht bleibt lediglich noch für Beschäftigte und Besucher in Arztpraxen und vergleichbaren Einrichtungen bestehen.

Zudem werden ab Februar die Testregelungen gestrichen. Insofern wird auch die Corona-Test-und-Quarantäneverordnung über den 31.01.2023 hinaus nicht weiter verlängert. Statt der Isolierung wird positiv getesteten Personen ab dem 01.02.2023 jedoch dringend empfohlen, für fünf Tage eine Maske zu tragen. Die erforderlichen Regelungen hierzu sind nun in der CoronaSchVO enthalten.

Die Allgemeinverfügung zu Schutzmaßnahmen in Einrichtungen der Pflege und Eingliederungshilfe gilt unverändert fort. Die Allgemeinverfügung gilt bis zum 23.02.2023.

### 4. Öl in der Bever

Am vergangenen Sonntag, 22.01.2023, wurde ein Ölfilm auf der Bever in Höhe der Straße Jürgensbült festgestellt. Überprüfungen haben ergeben, dass das Öl aus dem Regenwasserkanal in diesem Bereich austritt. Dort und an der Brücke im Bereich der Telgter Straße wurden Ölsperren zunächst von der Feuerwehr und sodann von einer Fachfirma gesetzt, so dass das Öl aufgefangen werden konnte. Parallel wurden Untersuchungen in der Kanalisation durch die Feuerwehr, den Abwasserbetrieb TEO und der unteren Wasserbehörde vom Kreis Warendorf durchgeführt. Im Bereich Jürgensbült und Goldwiese wurde das Regenwasser aus dem Kanal durch eine Fachfirma abgesaugt. Außerdem findet eine Spülung des Kanals statt, um Ölreste zu beseitigen. Die bisherigen Überprüfungen des Abwasserbetriebes, wo das Öl in den Regenwasserkanal gelangt ist, waren erfolglos.

In einem mit der Bever verbundenen Graben im Bereich Schulstraße bis zur Beverhalle und entlang des Burgweges wurden auch Ölablagerungen festge-

stellt. Derzeit prüft die untere Wasserbehörde weitere erforderliche Maßnahmen.

## 5. Straßenbeleuchtung

In der Sitzung des Rates am 20.10.2022 wurde die Veränderung der An- und Abschaltzeiten der Straßenbeleuchtung beschlossen. Im Zuge angemahnter Energiesparmaßnahmen wurde seitens der Politik angeregt, die Straßenbeleuchtung in der Dämmerungszeit abends später anzustellen und morgens früher auszustellen. Nach Rücksprache mit den Stadtwerken SO wurde der Zeitraum um jeweils eine halbe Stunde bereits Mitte November umgesetzt. Bislang orientierte sich die Schaltung immer am astronomischen Sonnenauf- und -untergang. Diese Schaltung ist aktuell nicht aktiv. Technisch können nach meinem Wissensstand nicht einzelne Straßen oder Gebiete gesondert geschaltet werden, was verwaltungsseitig im Gremium vor Beschlussfassung bekannt gemacht wurde.

Der Schulleiter der Josef-Annegarn-Schule, Herr Behnen, macht darauf aufmerksam, dass er insbesondere in den Morgenstunden ein erhöhtes Gefährdungspotential für die Schülerinnen und Schüler sieht, welches in aktuell sehr dunklen Morgenstunden noch einmal erhöht ist. Zudem gibt es weitere Anregungen aus der Bürgerschaft, dass die Absenkung der Beleuchtung als gefährdend betrachtet wird. Die Verwaltung wird daher kurzfristig die Umstellung der Beleuchtung auf die automatisch an Sonnenauf- und -untergang orientierte Schaltung veranlassen.

## 7. **Berichte aus den Gremien**

Es werden keine Berichte gegeben.

## 8. **Bericht der Jugendlichen**

Es werden keine Berichte gegeben.

## 9. **KidS - Kommunalpolitik in die Schulen** **Vorlage: 2023/010**

Herr Ludwig äußert Unverständnis, warum das Konzept des Projektes „KidS“ in den Ostbeverner Schulen nicht funktioniert, aber anderorts erfolgreich praktiziert wird. Er bezweifelt, ob bei den Jugendlichen ausreichend Motivationsarbeit für die Teilnahme an dem Projekt geleistet worden ist.

Frau Läkamp ergänzt, dass in der Vergangenheit bereits Jugendliche in den Fraktionen erfolgreich hospitiert haben. Sie kann nicht nachvollziehen, warum die Schulen und das Kinder- und Jugendwerk Ostbevern e. V. das Projekt in der Form nicht unterstützen.

Herr Behnen erwidert, dass es lediglich vereinzelte kommunalpolitische Themen gibt, die Jugendliche interessieren. Eine Vielzahl der Themen seien für Jugendliche nicht relevant – dies müsse man akzeptieren. Dazu merkt er an, dass die Schulen nicht omnipotent seien und die Möglichkeiten zur Realisierung von politischen Projekten an der Josef-Annegarn-Schule begrenzt seien.

Frau Beiers fügt hinzu, dass die Fachlehrer an der Josef-Annegarn-Schule ihre Zielgruppe in der Schülerschaft kennt und durchaus Potenzial sehen, den Jugendlichen kommunalpolitische Inhalte im Unterricht zu vermitteln, jedoch nicht in der vom Projekt „KidS“ vorgesehenen Struktur. Sie schlägt vor, dass die Fachlehrer gebeten werden, ein alternatives, modifiziertes Konzept zum Projekt „KidS – Kommunalpolitik in den Schulen“ zu entwickeln und vorzustellen, welches besser in den Lehrinhalt passt und eher auf Interesse bei den Schülerinnen und Schülern trifft.

Nach Erörterung wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Die Mitglieder des Bildungs-, Generationen –und Sozialausschusses nehmen zur Kenntnis, dass das Projekt „KidS – Kommunalpolitik in den Schulen“ nicht durchgeführt wird. Die Fachlehrer der beteiligten Schulen werden gebeten, ein modifiziertes Konzept für ein praktikableres Projekt zu erarbeiten und vor der Sitzungspause vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

|            | Gesamt | CDU | B90/G. | SPD | FDP |
|------------|--------|-----|--------|-----|-----|
| Ja         | 10     | 7   | 3      |     |     |
| Nein       | 4      |     |        | 2   | 2   |
| Enthaltung | 1      |     | 1      |     |     |

**10. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2023**  
**- Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben**  
**Vorlagen: 2023/001 und 2023/001/1**

Herr Weglage bittet um Information, warum die veranschlagten Mittel im Rahmen der Offenen Ganztagschule deutlich höher als zum Vorjahr sind.

Herr Piochowiak sichert eine Erläuterung des Mittelansatzes in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.02.2023 zu.

Frau Läkamp fragt an, wann der Förderantrag für die Errichtung der überdachten Fahrradständer an der Josef-Annegarn-Schule gestellt wurde und wann die Maßnahme durchgeführt wird.

Herr Witt erläutert, dass mit der Baumaßnahme nach Vorliegen des Fördermittelbescheids begonnen wird. Das Datum des Förderantrags wird er in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nachreichen.

Frau Pelz merkt an, dass für die Schulentwicklungsplanung ein Betrag vom 100.000 € im Haushalt eingestellt ist. Sie bittet um Mitteilung, ob hierzu ein aktueller Sachstand seitens des beauftragten Architekturbüros Schapmann vorliegt.

Herr Witt antwortet, dass es aktuell keinen neuen Sachstand zur Schulentwicklungsplanung gibt. Architekt Schapmann arbeite weiter an Ergebnissen.

Herr Lunkebein erwidert, dass die Schulprojektgruppe seit einem halben Jahr beendet ist. Er äußert Unverständnis, warum das Architekturbüro Schapmann keine nennenswerten Ergebnisse erzielt und fordert die Verwaltung auf, Druck auf das Architekturbüro zu erzeugen.

Herr Weglage ergänzt, dass Dringlichkeit in der Angelegenheit vorliegt und die aktuelle Situation mit den Containern verbessert werden müsse.

Herr Piochowiak erklärt, dass das Architekturbüro erst feststellen muss, was



planerisch realisierbar ist. Hierzu benötigt es auch vorheriger baurechtlicher Klärung, was Zeit in Anspruch nimmt.

Frau Wiegert fragt an, ob für die Schülerbeförderung aus dem Ortsteil Brock analog zur Corona-Pandemie ein Verstärkerbus eingesetzt werden kann, da die bisherigen Kapazitäten nicht ausreichen.

Herr Piochowiak sichert zu, hierzu in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu berichten.

Herr Behnen informiert, dass es nicht möglich sei, auf dem Schulgirokonto Geldmittel in ausreichender Höhe anzusparen, so dass für die digitalen Geräte, die in den Jahren der Corona-Pandemie aus den Fördergeldern zum Digitalpakt angeschafft worden sind, Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Herr Piochowiak erwidert, dass ihm die Problematik bekannt sei und dies auch bereits auf Landesebene thematisiert wurde.

Frau Niedermeier stellt den Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich der Bitte um Aufstellung der auf Vandalismus zurückzuführenden Instandhaltungskosten an der Josef-Annegarn-Schule vor.

Herr Witt erläutert, dass es oftmals schwer feststellbar ist, ob die Schäden vorsätzlich oder fahrlässig verursacht werden. In der überwiegenden Mehrheit der Schadensfälle wird der Verursacher ermittelt und der entstandene Schaden über die Versicherung des Verursachers reguliert. Größere Schadensfälle sind die Ausnahme. Zugenommen haben insbesondere Verschmutzungen an den Wänden der WC-Räume, aber auch Toilettenschüsseln oder Waschbecken werden beschädigt. Die Verschmutzungen sind zum Teil extrem, die Entfernung werde jedoch noch von der beauftragten Reinigungsfirma geleistet. Der gemeindliche Haushalt wurde in den Jahren 2017 bis 2019 mit jährlich rund 10.000 € belastet. Aufgrund der Corona-Pandemie waren die Schäden an der Josef-Annegarn-Schule in den Jahren 2020 und 2021 geringer. Herr Witt sagt zu, den Fraktionen eine Aufstellung über die auf Vandalismus zurückzuführenden Schäden an der Josef-Annegarn-Schule zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. König ergänzt, dass im Jahr 2022 Schäden in Höhe von 7.000 € registriert worden sind. Ein Kostenanstieg wird auch im Jahr 2022 nicht festgestellt.

Herr Behnen fügt hinzu, dass die Anzahl der Fälle an der Josef-Annegarn-Schule über die Jahre zugenommen hätten. Dies sei kein originäres Problem in Ostbevern, sondern vielerorts feststellbar. Viele Verursacher könnten durch Hinweise Dritter ermittelt werden.

Frau Meyer-Dietrich fragt an, ob die Schadensaufstellung auf andere gemeindlichen Liegenschaften wie das Beverstadion und die Beverhalle ausgeweitet werden könnte.

Her Witt erwidert, dass eine Ausweitung der Schadensaufstellung auf alle gemeindlichen Objekte einen immensen Arbeitsaufwand bedeutet. Zudem seien die Verhältnisse an anderen gemeindlichen Objekte mit der Josef-Annegarn-Schule vergleichbar. Er schlägt vor, dass die Fraktionen zunächst die Aufstellung zur Josef-Annegarn-Schule sichten und im Anschluss entscheiden, ob noch zusätzlicher Bedarf an weiteren Schadensaufstellungen für andere gemeindliche Objekte besteht.

**11. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2023**  
**- Produktbereich 04 - Kultur**  
**Vorlage: 2023/002**

Herr Weglage regt an, zur Attraktivierung des Neujahrsempfangs einen Betrag in Höhe von 1.500 € für die Beauftragung eines Gastredners in den Haushalt einzustellen. Zusätzlich sollen weitere Sponsoren gewonnen werden.

Herr Piochowiak erwidert, dass die Beratung und Beschlussfassung zuständigkeitshalber im Haupt- und Finanzausschuss am 02.02.2023 erfolgen wird.

**12. Kinder- und Jugendwerk Ostbevern e. V.**  
**- Genehmigung des Abstimmungsverhaltens der Vertreter der Gemeinde Ostbevern in der Mitgliederversammlung**  
**Vorlage: 2023/005**

Es wird beschlossen:

Die Gemeinde Ostbevern stimmt dem Haushalt des Kinder- und Jugendwerkes Ostbevern e. V. für das Jahr 2023 zu.

Das Abstimmungsverhalten der von der Gemeinde Ostbevern entsandten Mitglieder in die Mitgliederversammlung des Kinder- und Jugendwerkes wird nachträglich genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**13. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2023**

**- Produktbereich 05 - Soziale Leistungen**

**- Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

**- Produktbereich 10 - Bauen und Wohnen**

**Vorlagen: 2023/003 und 2023/003/1**

Herr Ludwig stellt den Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Erhöhung des Zuschusses für die Frauenhäuser Telgte und Warendorf von jeweils 250 € auf jeweils 1.500 € jährlich vor.

Frau Niedermeier zeigt auf, dass die Frauenhäuser Telgte und Warendorf über den Kreis Warendorf finanziert werden, der sich wiederum die Kosten über die Kreisumlage von den Kommunen erstatten lässt. Die Frauenhäuser werden demnach indirekt schon von der Gemeinde Ostbevern gefördert, so dass sie eine Notwendigkeit zur Erhöhung des freiwilligen jährlichen Zuschusses von 250 € je Frauenhaus nicht sieht.

Frau Läkamp erklärt, dass in den letzten Jahren den Frauenhäusern ein Zuschuss von jeweils 1.000 € gewährt wurde. Sie stellt den Antrag, den gemeindlichen Zuschuss auch in diesem Haushaltsjahr auf jeweils 1.000 € festzusetzen.

Da der Antrag der SPD-Fraktion der weitergehende Antrag ist, wird zunächst über diesen Antrag entschieden.

Es wird beschlossen:

Den Frauenhäusern in Telgte und Warendorf wird ein Zuschuss von jeweils 1.500 € im Jahr 2023 gewährt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

|            | Gesamt | CDU | B90/G. | SPD | FDP |
|------------|--------|-----|--------|-----|-----|
| Ja         | 7      |     | 4      | 2   | 1   |
| Nein       | 7      | 7   |        |     |     |
| Enthaltung | 1      |     |        |     | 1   |

Der Antrag der SPD-Fraktion ist somit abgelehnt.

Im Anschluss wird über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt.

Es wird beschlossen:

Den Frauenhäusern in Telgte und Warendorf wird ein Zuschuss von jeweils 1.000 € im Jahr 2023 gewährt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

|            | Gesamt | CDU | B90/G. | SPD | FDP |
|------------|--------|-----|--------|-----|-----|
| Ja         | 8      |     | 4      | 2   | 2   |
| Nein       | 7      | 7   |        |     |     |
| Enthaltung |        |     |        |     |     |

Dem Antrag der FDP-Fraktion wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Ludwig stellt den Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Lebensmitteltafel „FairTeiler“ der Pfarrcaritas von 350 € auf 1.000 € vor.

Frau Roggenland informiert, dass die Pfarrcaritas entgegen des im Antrag aufgeführten Sachverhalts zurzeit noch keinen Zuschuss für die Lebensmitteltafel „FairTeiler“ erhält, sondern einen Zuschuss in Höhe von 350 € zu den Mietkosten der Kleiderstube. Der „FairTeiler“ wurde bislang noch nicht mit einem Zuschuss begünstigt, so dass es sich hierbei um einen erstmaligen Zuschuss handelt, der hier zur Beratung steht.

Es wird beschlossen:

Der Pfarrcaritas wird – ergänzend zu dem jährlichen Mietzuschuss von 350 € für die Kleiderstube – ein weiterer jährlicher Zuschuss von 1.000 € für die Lebensmitteltafel „FairTeiler“ gewährt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Herr Ludwig zieht den Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Bereitstellung eines Gesamtbudgets von 2.000 € für die Arbeit von Vereinen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit zurück.

Aufgrund von Befangenheit nimmt Frau Läkamp an der Beratung und Erörterung des Antrags des Vereines Startbahn e.V. auf Erteilung eines Zuschusses von 3.000 € nicht teil und verlässt die Sitzungsrunde. Sie wird ab der Erörterung des Antrags von Startbahn e. V. bis zum Abschluss des TOP 13 Öffentlicher Teil von Herrn Dr. Meinrad Aichner ersetzt.

Parteiübergreifend besteht Einvernehmen, dass die Entscheidung über die Gewährung eines Zuschusses für den Antrag des Vereines Wi(h)r e. V. auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.02.2023 vertagt wird. Den Fraktionen wird bis zur Sitzung Gelegenheit gegeben, beim Verein ergänzende Informationen zu der im Antrag enthaltenen Kostenaufstellung und der Verwendung des beantragten Zuschusses einzuholen.

Es wird angeregt, dass den von einem Zuschuss begünstigten Vereinen in den kommenden Sitzungen des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses Gelegenheit gegeben wird, ihren Verein und ihre Ziele im Rahmen eines fünf- bis zehnminütigen Kurzportraits vorzustellen.

Hinsichtlich des Erwerbs der für die Kindertagesstätte „Biberbande“ vom Kreis Warendorf bereitgestellten Containermodule merkt Herr Lunkebein an, dass der geforderte Kaufpreis von 600.000 € für eine gebrauchte Anlage nicht verhältnismäßig sei. Er beantragt, dass die Verwaltung mit einer Verhandlungsbasis von 500.000 € in Nachverhandlungen mit dem Kreis Warendorf tritt.

Herr Witt erläutert, dass die Containermodule für zwei weitere Jahre benötigt werden. Es handelt sich hierbei um zwei Containergruppen mit insgesamt 400

qm Fläche.

Herr Piochowiak ergänzt, dass intensive Gespräche mit dem Kreis Warendorf geführt wurden. Seitens des Kreises Warendorf wird auf den Kaufpreis von 600.000 € bestanden, da auch in anderen Kommunen des Kreises Bedarf für die Containermodule gegeben sei und im Falle des Verbleibs in Ostbevern vom Kreis Warendorf ersatzbeschafft werden müssten. Der Verbleib der Containermodule in Ostbevern sei jedoch alternativlos, da über den 01.08.2023 hinaus die Containermodule zur Bereitstellung von Kindergartenplätzen zwingend benötigt werden.

Herr Weglage informiert, dass die CDU-Fraktion vor kurzer Zeit mit dem Landrat über den Erwerb der Containermodule ein Gespräch geführt hat. Die CDU-Fraktion hat in dem Rahmen vom Landrat die Information erhalten, dass die Kosten der Neuanschaffung von Containermodulen seit dem letzten Gespräch mit der Verwaltungsführung gesunken sind. Auch die CDU-Fraktion bittet daher, dass die Verwaltung in Nachverhandlungen mit dem Kreis Warendorf zu einer Verhandlungsbasis von 500.000 € treten soll.

Es wird beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.02.2023 die Gespräche zum Erwerb der Containermodule zu einer Verhandlungsbasis von 500.000 € erneut aufzunehmen, wo eine erneute Erörterung und die Beschlussfassung stattfinden wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**14. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2023**

**- Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

**- Produktbereich 08 - Sportförderung**

**Vorlagen: 2023/004, 2023/004/1 und 2023/004/2**

Frau Beiers fragt an, ob es sich bei den für die Überarbeitung der Skateranlage am Beverstadion veranschlagten Mitteln von 60.000 € um neu eingestellte Beträge handelt oder ob diese aus dem letzten Haushalt übertragen wurden.

Herr Witt erwidert, dass die Überarbeitung der Skateranlage als neue Maßnahme deklariert wird. Demzufolge wurden die Haushaltsmittel von 60.000 € zusätzlich zu den 45.000 € für die Spielgeräte neu veranschlagt. Ziel ist es, Spielgeräte aus Beton einzusetzen. Diesbezüglich ist eine Abstimmung mit dem Kinder- und Jugendwerk Ostbevern e. V. vorgesehen.

Herr Weglage sieht keinen Bedarf für die im Rahmen eines Bürgerantrags beantragte Errichtung eines Hundespielplatzes im Ortsteil Brock. Darüber hinaus weist er auf entstehende Folgekosten zur Pflege des Hundespielplatzes hin. Er beantragt, die im Haushalt veranschlagten Mittel in Höhe von 10.000 € für einen Hundespielplatz im Ortsteil Brock zu streichen.

Frau Läkamp schließt sich dem Beschlussvorschlag von Herrn Weglage an.

Über den Antrag wird wie folgt beschlossen:

Es werden keine Haushaltsmittel für die Einrichtung eines Hundespielplatzes eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

|            | Gesamt | CDU | B90/G. | SPD | FDP |
|------------|--------|-----|--------|-----|-----|
| Ja         | 9      | 7   |        |     | 2   |
| Nein       | 2      |     | 2      |     |     |
| Enthaltung | 4      |     | 2      | 2   |     |

Der Antrag ist angenommen.

Herr Lunkebein erklärt, dass die Umrüstung der Flutlichtanlage in der Reithalle des Reitvereins Ostbevern e. V. auf LED-Beleuchtung ökologisch sinnvoll ist. Seine Fraktion stehe dem Vorhaben positiv gegenüber.

Herr Weglage merkt an, dass der Reitverein Ostbevern e.V. bereits weitreichende Fördermittel vom Landessportbund erhält. Die Haushaltsmittel der Gemeinde seien knapp. Die Höhe der beantragten Förderung hält er nicht für gerechtfertigt.

Frau Läkamp spricht sich dafür aus, zumindest einen Teilbetrag der den Reit-

verein entstehenden Kosten für die Erneuerung der Flutlichtanlage zu übernehmen, da es sich um eine energiesparende Maßnahme handelt.

Frau Beiers verweist auf den ökologischen Mehrwert, teilt aber die Meinung, dass man über die Höhe des Förderbetrags reden müsse.

Frau Niedermeier erläutert, dass eine gemeindliche Satzung mit Richtlinien zur Förderung des Sports existiert, die für den Bau, die Einrichtung oder die Instandsetzung der vereinseigenen oder langfristig gepachteten Sportanlagen Zuschüsse von 20 v. H. der nachgewiesenen Baukosten, maximal jedoch 6.500 €, vorsieht. Die Höhe des Zuschusses ist somit geregelt und nicht frei verhandelbar.

Herr Dr. König ergänzt, dass der Reitverein bereits eine Förderzusage in Höhe von 10.790 € aus der Förderrichtlinie zur Klimaschutzinitiative vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz erhalten hat. Er merkt an, dass eine doppelte Förderung vorliegen könne, sofern von gemeindlicher Seite ein zusätzlicher Zuschuss gewährt wird.

Es besteht Einvernehmen, dass die Beschlussfassung über den Zuschuss für die Erneuerung der Flutlichtanlage auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.02.2023 vertagt wird. Die Verwaltung wird bis zur Sitzung um Prüfung gebeten, ob eine doppelte Förderung durch Bundesministerium und Kommune ausgeschlossen ist.

Frau Läkamp merkt an, dass dem Antrag der Schießriege Ostbevern e. V. auf Umrüstung der Schießanlage auf eine elektronische Trefferauswertung nicht zu entnehmen ist, ob der Verein vorab eine Bezuschussung des Vorhabens aus Sportförderprogrammen des Landes oder des Bundes geprüft hat.

Einvernehmlich wird entschieden, die Beschlussfassung über den Zuschuss zu der Umrüstung der Schießanlage auf den Haupt- und Finanzausschusses am 02.02.2023 zu vertagen. Die Verwaltung soll bei der Schießriege Ostbevern e. V. in Erfahrung bringen, ob anderweitige Fördermittel geprüft wurden.

Frau Läkamp regt an, anstelle der Instandsetzung des vorhandenen Naturrasenplatzes im Ortsteil Brock die Errichtung eines neuen Kunstrasenplatzes zu prüfen.



Herr Witt erwidert, dass die Fußballer einen Naturrasenplatz präferieren. Die Kosten für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes würden die veranschlagten Kosten für die Instandsetzung erheblich übersteigen. Darüber hinaus würden die vorhandenen Flächen für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes mit den entsprechenden Maßen nicht ausreichen. Der Platz könnte in der Folge nur zu Trainingszwecken genutzt werden.

Frau Läkamp zieht daraufhin ihre Anregung zurück.

Herr Lunkebein stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der Einstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 20.000 € für die ökologische Gestaltung von Spielplätzen vor.

Frau Läkamp erklärt, dass die Gemeinde mit den bisher geplanten Mitteln gut aufgestellt ist und die FDP-Fraktion keinen Bedarf für die Einstellung weiterer Mittel sieht.

Herr Laumann erläutert, dass parteiübergreifend Wert auf eine gute Gestaltung der Spielplätze gelegt wird. Die Einstellung von einem zusätzlichen Betrag von 20.000 € für die ökologische Gestaltung in den Haushalt hält er für nicht notwendig.

Frau Beiers erkundigt sich, ob in dem bestehenden Haushaltsansatz bereits ökologische Gestaltungsmaßnahmen für Spielplätze einkalkuliert worden sind.

Herr Witt erwidert, dass grundsätzlich für ökologische Gestaltungsmaßnahmen Teilbeträge im Haushaltsansatz enthalten sind. Er schlägt vor, zunächst einen Betrag in Höhe von 10.000 € einzustellen und den Bedarf in den Etatberatungen zum Ende des Jahres neu zu prüfen.

Es wird beschlossen:

Für ökologische Gestaltungsmaßnahmen an den Spielplätzen werden im Haushaltsjahr 2023 zunächst Mittel in Höhe von 10.000 € eingestellt. Die Höhe des Bedarfs ist in den Etatberatungen für das Jahr 2024 erneut zu untersuchen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Herr Ludwig stellt den Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Instandsetzung des Carports am Beverstadion und der Installation einer Beleuchtung an den Carports am Beverstadion und Bauhof vor.

Herr Witt informiert, dass ein Ortstermin mit Herrn Repkeny vom Kinder- und Jugendwerk Ostbevern e. V. und Frau Drilling-Kleihauer von der SPD-Fraktion bereits erfolgt ist. Die Sitzgelegenheiten wurden bereits erneuert. Das Material für die Reparatur des Daches am Carport Beverstadion ist bestellt und die Arbeiten werden in der wärmeren Jahreszeit ausgeführt. Für die Installation einer Beleuchtung bedarf es größerer Module. Die Parkplätze sind aber beleuchtet, so dass zumindest keine absolute Dunkelheit herrscht. Ob die Verfügbarkeit von WLAN an den Standorten dem Grunde nach realisierbar ist, muss noch geprüft werden.

Herr Ludwig zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Frau Meyer-Dietrich zieht den Antrag der FDP-Fraktion hinsichtlich der Verschiebung der Mittel für die Umnutzung der Beverhalle in eine Versammlungsstätte in das Haushaltsjahr 2024 zurück.

Herr Weglage merkt hinsichtlich der Umnutzung der Beverhalle in eine Versammlungsstätte an, dass dort bereits Veranstaltungen mit hohen Besucherzahlen stattgefunden haben. Die Umnutzung muss zwingend vorangetrieben werden, um Veranstaltungen, die die aktuell genehmigten Kapazitäten übersteigen, zu legalisieren.

Herr Lunkebein erklärt, dass Sportveranstaltungen mit hohen Personenaufkommen zwingend abgesichert werden müssen. Eine Umnutzung zur Versammlungsstätte hält er in Anbetracht der steigenden Kosten und des knappen Haushalts für nicht notwendig.

Frau Läkamp führt an, dass eine Versammlungsstätte für eine Kommune in der Größenordnung für Ostbevern erforderlich ist und eine Umnutzung daher alternativlos sei.

Herr Witt erläutert, dass für das Vorhaben zwingend zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000 € in den Haushalt eingestellt werden müssen, um handlungsfähig zu bleiben. Zudem muss eine baurechtliche Absicherung des Vorhabens erfolgen. Es können keine baulichen Veränderungen am Bestand vorgenommen werden, wenn zuvor keine baurechtliche Sicherheit vorliegt. Er schlägt zudem vor, das Architekturbüro Schapmann zur Vorstellung des Sachstandes zur kommenden Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschuss einzuladen.

#### **15. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung**

Herr Lunkebein fragt an, ob zum Jahreswechsel Schäden am Container am Bauhof festgestellt worden seien, die aufgrund des Einsatzes von Feuerwerkskörpern entstanden sind.

Herr Witt erwidert, dass mehrere Schäden am Container festgestellt wurden, jedoch nicht alle auf Feuerwerkskörper zurückzuführen sind.

---

Anja Beiers  
Ausschussvorsitzende

---

Matthias Fricke  
Schriftführer

gesehen:

---

Karl Piochowiak  
Bürgermeister